

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 26.04.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, WittasträÙe 5,
36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Frank Berg
Herr Dr. Daniel Faßhauer
Herr Thomas Hahn
Herr Dieter Herter
Herr Karl-Heinz Jordan
Herr Thomas Schaffert
Herr Lars Olaf Ullrich
Frau Nina Weise-Hübner

für Herrn Björn Diegel
für Herrn Sahin Cenik

verließ die Sitzung um 17:55 Uhr

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Rolf Malachowski

vom Magistrat

Herr Gunter Grimm

Schriftführer/in

Frau Yvonne Brandau

von der Verwaltung

Frau Anke Hofmann
Herr Christian Scholz
Herr Johannes van Horrick
Herr Martin Bode

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Projektideen für ÖPNV**
- 3. Radverkehrskonzept - Freigabe der Fußgängerzone**
0393/19/1
- 4. Unterbringung der Dienststellen der Stadtverwaltung im ehemaligen Telekomgebäude**
0385/19
- 5. Veräußerung der freien Flächen im Gewerbegebiet "Vor dem Buchwald" an einen Investor und Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes**
0387/19
- 6. Einrichtung eines Hospizes über den gemeinnützigen Träger "Kleine Helden"**
0388/19
- 7. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 3.5 "Kupfermühle - Kalkobes";**
hier: **1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle -Kalkobes"**
2. Beschluss über die Durchführung des Bauleitplanverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle - Kalkobes" nach § 13 a BauGB
0390/19
- 8. Verschiedenes**
- 8.1. Ärztehaus im Schildepark**
- 8.2. Wegeanbindung Kathus Gewerbegebiet**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Vorsitzender Stv. Hüter begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Anwesenheit der Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt.

Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Sitzung werden nicht erhoben. Zu dem Tagesordnungspunkt 3 wurde eine geänderte Beschlussvorlage ausgeteilt.

zu 2 **Projektideen für ÖPNV**

Herr Scholz informierte den Ausschuss über die Projektidee „Rufbus on demand“. Dieses Projekt könnte, nach positiver Testphase das Anruf-Sammel-Taxi (AST) und den Stadtbus in einigen Bereichen der Stadt ablösen. Grund für diese Überlegung liegt darin, dass es mit dem AST Komplikationen gibt, u.a. sei es zu teuer und der Zeitaspekt (zu lange Wartezeiten) seien Gründe zum Überdenken. Derzeit steht die Verwaltung mit verschiedenen Anbietern in Verhandlung. Als Testbezirk für dieses Verfahren wurde der Tageberg gewählt, da dort kein Linienverkehr und somit keine Konflikte vorhanden sind.

Vorsitzender Stv. Hüter fragte nach ob es denn schon genauere Daten zu dem Vorhaben gibt.

Herr Scholz teilte diesbezüglich mit, dass derzeit die Kosten für das AST pro Jahr bei ca. 33.000,00 Euro liegen. Die Kosten für den Rufbus sind je nach Anbieter unterschiedlich. Die kalkulatorischen Kosten für das Vorhaben liegen zwischen ca. 4.000,00 Euro und 8.000,00 Euro. Dies sind die derzeit absehbaren Kosten.

Stv. Berg fragte nach wie dieses System genau funktionieren solle.

Herr Scholz teilte mit, dass der Bus über eine App auf dem Smartphone angefordert wird. Es ist ein Testprojekt, um zu schauen ob dies in Bad Hersfeld umsetzbar ist. Derzeit wird dieses Verfahren nur im ländlichen Bereich umgesetzt. Deshalb wurde auch ein sehr kleiner Testbereich mit ca. 1.800 Bürgern ausgesucht. Dieser soll auch dabei helfen die Akzeptanz bei den Bürgern abzufragen.

Stv. Weise-Hübner fragte nach wie Personen den Bus abfragen können, die nicht online unterwegs sind.

Herr Scholz teilte dazu mit, dass dies wie gewohnt per Anruf funktioniert, da auch hier die „Barrierefreiheit“ im Vordergrund steht.

Vorsitzender Stv. Hüter bedankte sich für die ausführlichen Informationen und da keine weiteren Fragen zu dem Thema waren ging er zum TOP 3 über.

zu 3 **Radverkehrskonzept - Freigabe der Fußgängerzone 0393/19/1**

Erster Stadtrat Grimm teilte mit, warum die Beschlussvorlage geändert wurde.

Stv. Herter teilte mit, dass sich an seiner Einschätzung zu diesem Vorhaben nichts geändert hat. Er ist der Überzeugung, dass die Fußgängerzone in Bad Hersfeld nicht für den Radverkehr geeignet ist, da sie an einigen Punkten nicht breit genug ist. Auch die zeitliche Beschränkung kann er nicht positiv mittragen. Weiter sollte man auch an die Sondernutzungen denken, da diese auch Geld dafür bezahlen. Man sollte das Projekt noch einmal überdenken.

Er beantragt über den vorherigen Beschlussvorschlag zu beschließen.

Erster Stadtrat Grimm macht darauf aufmerksam, dass Aufgrund mehrerer Sitzungen und Projektgruppen zu diesem Thema für dieses Projekt grünes Licht gegeben wurde.

Der Magistrat hat sich aufgrund der vielen Stimmen in der Presse erneut mit dem Thema auseinander gesetzt, da er den Bürgerwillen berücksichtigen möchte und somit die geänderte Vorlage einbringt.

Dipl.-Ing. Bode stellte dar, wie sich die Verwaltung mit dem Projekt und den dazugehörigen Themen auseinander gesetzt hat.

Zu der zeitlichen Einschränkung teilte er mit, dass man genau diese Zeit gewählt hat, in der die Sondernutzungen nicht mehr in vollem Umfang bestehen um dort dem evtl. Konflikt aus dem Weg zu gehen.

Er bat im Gremium darum, der Testphase eine Chance zu geben und dies nicht von vornherein abzulehnen.

Kurze Diskussion zwischen Stv. Weise-Hübner und Stv. Herter.

Stv. Hahn stellte zum Thema Testphase 3 Fragen:

1. Ob in der Zeit der Testphase die Kontrollen zur Einhaltung vermehrt sein werden?
2. Die von Herrn Bode genannte Befragung zu dem Thema wird durch wen gemacht?
3. Ist es möglich den Lieferverkehr durch Rickschas aus der Fußgängerzone heraus zu bekommen?

Dipl.-Ing. Bode beantwortete die Fragen:

1. Die Kontrollen werden durch die Polizei vorgenommen da dies auch in der Zuständigkeit der Polizei und nicht der städtischen Ordnungsbehörde liegt. Die Fußgänger werden weiterhin Vorrang haben. Eine lückenlose Überwachung wird nicht möglich sein. Konfliktfrei wird es nicht sein.
2. Die Befragung wird durch die Firma LK Argus durchgeführt. In der nächsten Sitzung wird Herr Bode darüber näher Auskunft erteilen können
3. Zu dieser Frage kann erst nach der Testphase eine genaue Auskunft gegeben werden. Er informierte den Ausschuss über die Lieferverkehrsräder, wie diese aussehen und funktionieren.

Stv. Berg hielt fest, dass es unstrittig ist das es hier um ein kontroverses Thema geht. Aber zu sagen, dass die Politik wüsste, was gut für die Bürger sein soll oder nicht ist aus seiner Sicht ein strittiger und problematischer Standpunkt. Deshalb solle man die Idee der neuen Vorlage testen um schauen zu können wie die Resonanz bei den Bürgern ist und welche evtl. Hindernisse auftreten.

Den Großlieferverkehr in der Fußgängerzone einzustellen ist Wunschdenken.

Stv. Herter stellte nochmals dar, dass es bei dem Thema Radverkehrskonzept nicht nur um die Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr geht, sondern auch um die damals geforderten Fahrradboxen und Unterstell- so wie Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Weiter teilte er mit, dass die zeitliche Einschränkung durchaus zu Irritationen führen kann. Entweder man öffnet die Fußgängerzone ganz oder gar nicht. Auch

er ist der Ansicht wie Stv. Berg, dass der Lieferverkehr nicht aus der Stadt heraus zu bekommen ist.

Dipl.-Ing. Bode teilte zu dem Thema Großlieferverkehr mit, dass in den Großstädten bereits ein Umdenken von den Lieferdiensten (UPS etc.) vorliegt, da die Anlieferung von Paketen etc. in Großstädten Zeit und somit Geld kosten.

Bezügliche der geforderten Boxen etc. teilte Herr Bode mit, dass es dafür an finanziellen Mitteln fehlt. Dies liegt u.a. daran dass noch kein Haushalt vorhanden ist.

Fakt ist jedoch, dass Rücksicht zu nehmen ein wichtiger Punkt ist.

Stv. Schaffert teilte mit, dass ihre Fraktion gegen die Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr ist. Sie aber für Alternativen beim Lieferverkehr sind. Die Bürger der Stadt haben sich klar zu dem Thema mit Bedenken geäußert und deshalb sollte man sie der möglichen Gefährdung nicht aussetzen.

Vorsitzender Stv. Hüter bat um Beschlussfassung, wenn keine weiteren Fragen zu dem Thema bestehen.

Beschluss:

Die im Sachverhalt beschriebene Testphase wird hinsichtlich des Zeitraumes auf ca. 6 – 7 Wochen verkürzt (Ende August – Mitte Oktober 2017). Außerdem soll das Radfahren in der Fußgängerzone zur Vermeidung von Konflikten zwischen Fußgänger- und Radverkehr nur außerhalb der Hauptgeschäftsöffnungszeiten erlaubt werden (beispielweise zwischen 18:00 Uhr und 9:00 Uhr des Folgetages).

Über die endgültige Öffnung der Fußgängerzone wird nach Abschluss der Testphase beraten und entschieden. Die Verwaltung führt im Zusammenhang mit der Testphase eine Befragung durch und stellt die Ergebnisse den politischen Gremien und der Öffentlichkeit vor.

mehrheitlich abgelehnt Ja 3 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 4 Unterbringung der Dienststellen der Stadtverwaltung im ehemaligen Telekomgebäude 0385/19

Vorsitzender Stv. Hüter bittet den Ausschuss, aus datenschutzrechtlichen Gründen, bei diesem Tagesordnungspunkt, keine Namen und Beträge zu nennen.

Erster Stadtrat Grimm ging auf das von Frau Hofmann ausgeteilte Gutachten zu dieser Vorlage ein. In der letzten Sitzung ging es um die Frage einer eventuellen Elektromogbelastung des Gebäudes. Aufgrund des Gutachtens ist zu entnehmen, dass das Gebäude nicht belastet ist.

Frau Hofmann teilte dem Ausschuss die Überlegungen der Verwaltung mit. Die Stadtverwaltung sei derzeit auf mehrere Standorte verteilt. Bei einigen sei der Sanierungsbedarf enorm hoch, vor allem in dem Gebäude Am Markt 16. Darüber hinaus

sei in keinem Gebäude die Barrierefreiheit gegeben, außer in dem Gebäude Am Markt 1.

Im Ausschuss wurde der Konsens vertreten, die Verwaltung im ehemaligen Telekomgebäude unter zu bringen, da es eine für die Verwaltung komfortable Lösung sei. Dadurch würden u.a. die Wege verkürzt. Nicht nur für die Bürger sondern auch für die Verwaltung selbst. Somit können auch interne Kosten wie Zeit etc. eingespart werden.

Beschluss:

Die Anmietung der im Sachverhalt genannten Büroflächen zu dem im Sachverhalt genannten Bedingungen wird beschlossen.

einstimmig beschlossen Ja 7 Enthaltung 1

**zu 5 Veräußerung der freien Flächen im Gewerbegebiet "Vor dem Buchwald" an einen Investor und Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
0387/19**

Dipl.-Ing. van Horrick stellte die Vorlage vor und teilte mit, dass heute nur der Durchführungsvertrag zu beschließen ist und die Entscheidung über den Kaufvertrag erst in einer späteren Sitzung zu treffen ist.

Beschluss:

Dem vorgelegten Durchführungsvertrag wird zugestimmt. Der Investor kann sein Büro mit der Bauleitplanung beauftragen.

einstimmig beschlossen Ja 7 Enthaltung 1

**zu 6 Einrichtung eines Hospizes über den gemeinnützigen Träger "Kleine Helden"
0388/19**

Vorsitzender Stv. Hüter teilte mit, dass vor der Sitzung die Möglichkeit zur Besichtigung der Örtlichkeit bestand. Er bat Dipl.-Ing. van Horrick darum, für die die bei der Besichtigung nicht dabei waren zu dem Vorhaben ein paar Erläuterung zu geben.

Dipl.-Ing. van Horrick informierte die Anwesenden über das Vorhaben und den Weg bis zur Findung eines geeigneten Bauplatzes für das Hospiz. Er machte den Ausschuss darauf aufmerksam, dass es heute nur um die Entscheidung geht, ob das Projekt unterstützt wird. Erst dann kommen die genaueren Planungen zu stehen. Die Verwaltung findet das Anliegen des Hospizes gut und auch den Standort für das Vorhaben interessant und gut gewählt.

Stv. Weise-Hübner fragte bei Dipl.-Ing. van Horrick nach welche Stadorte noch zur Auswahl standen und warum diese verworfen wurden.

Weiter teilte sie mit, dass die Bäume und Grünflächen erhalten bleiben sollten. Sie sprach sich für eine Unterstützung für das Hospiz aus aber nicht für den gewählten Standort. Denn es reiche dass der Schilde-Park schon verbaut wird obwohl dies nie so vorgesehen war.

Dipl.-Ing. van Horrick teilte mit, dass die anderen Grundstücke den Anforderungen die gestellt wurden, nicht entsprachen bzw. die anliegenden Grundstücke eingeschränkt worden wären.

Stv. Weise-Hübner fragte nach, ob es denkbar wäre mehrere Häuser zu bauen die etwas kleiner sind.

Dipl.-Ing. van Horrick teilte dazu mit, dass dies schwierig sei, da in dem geplanten Haus nicht nur die Kinder sondern auch deren Familien mit untergebracht werden sollen und auch genug Platz für das Personal etc. sein solle. Zumal das Hospiz für die Anzahl von 12 Familien schon sehr klein geplant ist. In die detaillierte Planung geht es erst, wenn man für das Vorhaben ist.

Stv. Weise-Hübner schlug vor den Beschluss dahin gehend zu ändern, dass dem Hospiz zugestimmt wird und die Verwaltung mit der Suche nach einem anderen Standort beauftragt wird.

Erster Stadtrat Grimm teilte mit, dass der Investor hier bereits tätig ist und schon einiges an Spenden generiert und somit auch schon eine gute Summe für das Vorhaben beisammen hat. Je länger mit der Entscheidung gewartet wird, um mit dem Vorhaben zu beginnen, umso teurer wird es für den Investor. Die Verwaltung hat mit dem genannten Grundstück einen idealen Standort für die „Kleinen Helden“ gefunden.

Dipl.-Ing. van Horrick machte darauf aufmerksam, dass mit einer erneuten Beauftragung der Verwaltung kein anderes Grundstück, unter Berücksichtigung der genannten Parameter finden lässt. Diese waren barrierefrei, stadtnah aber rhuig.

Stv. Berg stellte fest, dass das Vorhaben nur einen bedingter Eingriff in den Kurpark darstellt, da die Fläche auf der das Hospiz entstehen soll bereits versiegelt ist, da es als Parkplatz genutzt wird. Die einzigen Bedenken die er hat liegen in der Geschossigkeit begründet. 3 Geschossig ist schon etwas hoch bei einer 2 geschossigen Bebauung könnte das Gebäude zum Großteil von den Bäumen verdeckt werden.

Erster Stadtrat Grimm machte erneut darauf aufmerksam, dass es mit dieser Beschlussvorlage erste einmal darum geht für den Investor und die „Kleinen Helden“ den Weg zu ebnen, um überhaupt in Bad Hersfeld bauen zu können.

Dipl.-Ing. van Horrick geht erneut auf die Beschlussvorlage ein, in der explizit steht, dass keine Bauplanung beschlossen wird und die Detailbauplanung erst in späteren Sitzungen thematisiert wird.

Vorsitzender Stv. Hüter bricht die Diskussion ab und bittet um die Beschlussfassung.

Stv. Weise-Hübner bittet um die Abstimmung ihres gestellten Antrages. „Dem Vorhaben für das Hospiz wird zugestimmt. Die Stadtverwaltung (Technische Verwaltung) wird damit der Suche nach einem neuen Standort beauftragt so dass der Kurpark nicht weiter verbaut wird.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
5 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme, 2 Enthaltung

Beschluss:

Dem Vorhaben Kinderhospiz wird an dieser Stelle grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger „Kleine Helden“ die Detailplanung zu erarbeiten und vorzustellen.

mehrheitlich beschlossen

- zu 7 **Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 3.5 "Kupfermühle - Kalkobes";**
hier: **1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle -Kalkobes"**
 2. Beschluss über die Durchführung des Bauleitplanverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle - Kalkobes" nach § 13 a BauGB
0390/19

Dipl.-Ing. van Horrick erläutert die Vorlage und macht in seinen Erläuterungen deutlich, dass durch den Bebauungsplan die Rahmenbedingungen erst einmal geschaffen werden und derzeit noch keine Detailplanungen für einen Markt vorliegen.

Vorsitzender Stv. Hüter bittet um Abstimmung des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

- 1.) Es wird der Aufstellungsbeschluss für den vorliegenden Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle – Kalkobes" beschlossen.
- 2.) Es wird für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Kupfermühle – Kalkobes" die Durchführung des Bauleitplanverfahrens beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu 8 **Verschiedenes**

zu 8.1 **Ärztehaus im Schildepark**

Stv. Weise-Hübner erkundigt sich nach der Bauhöhe des Gebäudes (Ärztehaus) im Schildepark. Da es ihr höher vorkommt wie die Stockwerkshalle. Es sei versichert

worden, dass es nicht höher wie die Stockwerkshalle gebaut wird. Sie fragte Dipl.-Ing. van Horrick ob dies auch tatsächlich höher sei oder ob dies nur so wirke.

Dipl.-Ing. van Horrick teilte mit, dass das Baufenster eine 3-geschossige Bebauung zu lässt und die Bebauung so ausgeführt wurde wie es damals in den Sitzungen beschlossen wurde.

zu 8.2 Wegeanbindung Kathus Gewerbegebiet

Stv. Herter informierte über die derzeitige Situation in Kathus und der Problematik mit dem Verbindungsfeldweg zwischen Kathus und Sorga. Dieser Weg sei nun durch die ortsansässige Firma in Kathus genutzt und die Bürger seien in der Nutzung des Weges beeinträchtigt. Er bittet darum in der Nächsten Sitzung eine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Thema abzugeben.

Dipl.-Ing. van Horrick gab zu diesem Thema eine kurze Stellungnahme ab.

Stv. Herter vertritt die Ansicht, dass die Erstellung eines Flächennutzungsplanes zu überdenken bzw. nötig sei.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Vorsitzender Stv. Hüter die Sitzung um 18:50 Uhr.

gez. Karl-Heinz Hüter
Vorsitzender

gez. Yvonne Brandau
Protokollführerin